

Unter dem Motto „Basis-Votum: Informieren – Diskutieren – Entscheiden“ hatten die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet von Mitte Januar an zu rund 130 so genannten Basisvoten eingeladen. Mitglieder sowie interessierte Kolleginnen und Kollegen wurden damit aktiv an der Meinungsbildung über den ausgehandelten Beschäftigungssicherungstarifvertrag beteiligt.

**A**uf der Grundlage dieser Diskussionen und der Ergebnisse der „Basisvoten“ wollten der Bundesvorstand der Verkehrsgewerkschaft GDBA und der Hauptvorstand der Transnet Mitte Februar endgültig ihre Entscheidung zum Beschäftigungssicherungstarifvertrag bekannt geben. Der am 14. Dezember 2004 grundsätzlich ausgehandelte Tarifvertrag sah unter anderem vor, dass betriebsbedingte Kündigungen im DB-Konzern bis Ende 2010 ausgeschlossen bleiben. Außerdem würde der Konzern ab dem kommenden Jahr eine Mitarbeiterbeteiligung einführen. Im Gegenzug sollte die Arbeitszeit in einen Korridor von 35 bis 40 Stunden gesetzt und der Erholungsurlaub um einen Tag redu-

**Beschäftigungssicherung:**

# Mitglieder sagen ihre Meinung

ziert werden. Beides würde auf die Laufzeit des Tarifvertrages befristet.

## Erstes Basis-Votum startete in Berlin

Der erste Dialog unter dem Motto „Basis-Votum: Informieren – Diskutieren – Entscheiden“ fand am 10. Januar 2005 in Berlin statt. Insgesamt mehr als 8000 Kolleginnen und Kollegen diskutierten in den darauf folgenden Tagen und Wochen über die künftigen Tarifverträge. Von den Gewerkschaften wurde dabei die geäußerte Kritik sehr ernst genommen.

Eine der in den Basis-Voten erhobene Forderung war, dass auch die Führungskräfte der DB-AG einen persönlichen Beitrag zur Arbeitskostensenkung leisten müssten. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA erklärte dazu, es könne nicht sein, dass nur die Beschäftigten Einsparungen erbringen sollen. Zudem wurden klare Aussagen zur Zukunft des Unternehmens eingefordert.

## Tarifkommissionen tagten in Kassel

Nach Abschluss der „Basis-Voten“ tagten am 10. und 11. Februar die Tarifkommissionen der Verkehrsgewerkschaft GDBA und der Gewerkschaft Transnet in Kassel. „Es hat viel Kritik gegeben“, erklärte im Vorfeld GDBA-Vize Heinz Fuhrmann. Die meisten der rund 8000 Teilnehmer der Basis-Voten stimmten einer tariflichen Beschäftigungssicherung bis zum Jahr 2010 uneingeschränkt oder zumindest grundsätzlich



**Kritische Anmerkungen gab es auf der zweitägigen Sitzung der Tarifkommissionen auch von Mitgliedern der Verkehrsgewerkschaft GDBA.**

zu, sagte er. Strittig waren einzelne Regelungen und der von den Beschäftigten zu zahlende Preis. Diese Positionen waren in Abhängigkeit von der persönlichen Betroffenheit sehr unterschiedlich.

Zugleich wollten die Tarifkommissionsmitglieder die Forderungen für die anstehende Einkommensrunde bei der Deutschen Bahn beschließen. Der entsprechende Entgelttarifvertrag ist nach erfolgter Kündigung am 28. Februar, nach zwei Jahren Laufzeit, ausgelaufen. „Eine Nullrunde kann und wird es auf keinen Fall geben“, kündigte Fuhrmann an.

## Nachbesserungen erforderlich

Nach mehrstündiger, konstruktiver Diskussion verlangten die Tarifkommissionen der Verkehrsgewerkschaft GDBA und der Transnet Nachbesserungen beim vorliegenden Tarifvertrag

zur Beschäftigungssicherung bei der DB AG. Nur unter diesem Vorbehalt wollten sie grünes Licht für das Vertragswerk geben. Die Verbesserungen sollten nun in Verbindung mit der anstehenden Einkommensrunde erreicht werden.

„Wir haben diese Basis-Voten sehr sorgfältig ausgewertet“, erklärte GDBA-Vize Heinz Fuhrmann. Dabei wurde klar: Es muss Nachverhandlungen geben. Insgesamt hätte es „große Zustimmung“ zur Beschäftigungssicherung gegeben. Allerdings sei auch deutlich geworden, dass es „an einzelnen Punkten des Tarifvertrages deutliche Kritik gibt“. Vornehmlich sei es dabei um die damit ver-

bundenen Belastungen gegangen.

Deshalb würden nun Nachbesserungen in der bevorstehenden Einkommensrunde eingefordert. „Wir sind uns sicher, dass wir dann viele Kritikpunkte ausräumen können“, kündigte Fuhrmann an. Ziel bleibe zu einem, dass es „durch den Tarifvertrag nicht zu zusätzlichem Personalabbau kommt.“ Zum anderen müsse sichergestellt werden, „dass es möglichst nicht zu Einkommensverlusten bei den Beschäftigten kommt.“ Beides sei in den „Basis-Voten“ klar zum Ausdruck gekommen.

## Bundesvorstand diskutierte Tarifforderungen

Auch der Bundesvorstand der Verkehrsgewerkschaft GDBA sah noch erheblichen Nachbesserungsbedarf beim so genannten Beschäftigungssicherungstarifvertrag. Einen entsprechenden Beschluss fasste das Gremi-

um auf seiner Sitzung am Montag, den 14. Februar 2005, in Darmstadt.

## Einkommensverluste nicht zu zumuten

„Ganz wichtig ist, dass die tariflichen Regelungen den vom Arbeitgeber ohnehin geplanten Personalabbau nicht weiter verschärfen. Den Mitarbeitern sind Einkommensverluste nicht zuzumuten“, machte GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel deutlich. An beiden Punkten war während der vorangegangenen Basisvoten, an denen rund 8000 Eisenbahner teilgenommen hatten, erhebliche Kritik geäußert worden; den Einwänden der Mitglieder wollte die GDBA Rechnung tragen.

Nur drei Tage später, am Donnerstag, den 17. Februar, gingen die Tarifverhandlungen zwischen der Verhandlungsgemeinschaft, bestehend aus Verkehrsgewerkschaft GDBA und Trans-



net (VG), und der Deutschen Bahn in eine neue Runde. Schwerpunktthemen des Spitzengesprächs waren die Beschäftigungssicherung und die Einkommensrunde.

## Verknüpfung mit Einkommensrunde

„Wir wollen Verbesserungen am Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung erreichen“, formulierte GDBA-Vize Heinz Fuhrmann

**Am Montag, den 28. Februar, kamen die Verhandlungsführer von GDBA und Transnet, Heinz Fuhrmann (zweiter von rechts) und Alexander Kirchner (rechts) zur entscheidenden Runde mit dem Bahnvorstand in Berlin zusammen.**

das Ziel. Dazu biete die bevorstehende Einkommensrunde die Möglichkeit. „Die Erwartungshaltung der Beschäftigten sei in diesem Zusammenhang recht hoch.“

Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet mahnten die Arbeitgeberseite, die Verhandlungen „zügig fortzusetzen“, um zeitnah zu Ergebnissen zu kommen. „Die Friedenspflicht endet am 28. Februar“, machte Heinz Fuhrmann deutlich.

## Zugeständnisse bei der Arbeitszeit

Am Donnerstag, den 24. Februar, erklärten sich die Arbeitgeber nach einer weiteren Verhandlungsrunde bereit, Zugeständnisse bei der Arbeitszeit zu machen. Zuvor hatten sich Gewerkschaften und DB AG darauf verständigt, über die Beschäftigungssicherung und die Einkommensrunde im Paket zu verhandeln. Ziel von GDBA und Transnet war es, Nachbesserungen beim Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung durchzusetzen. Im Kern ging es dabei vor allem um Fragen der Arbeitszeit und der Sicherung der Einkommen.

## Gemischtes Meinungsbild

Nach eingehender Beratung der Ergebnisse der „Basis-Voten“ kamen die Konzerntarifkommissionen der Verhandlungsgemeinschaft von GDBA und Transnet zu dem Ergebnis, dass eine tarifliche Beschäftigungssicherung bei den Beschäftigten des Bahnkonzerns auf breite Zustimmung stößt. Erkennbar war auch, dass die Beschäftigten bereit sind, hierzu einen Beitrag zu leisten.

Nach Auffassung der Mitarbeiter kann ein solcher Beitrag jedoch nicht nur von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erbracht werden, vielmehr wurde erwartet, dass auch die Führungskräfte der Bahn ihren persönlichen Beitrag leisten und transparent darstellen müssen.

In den „Basis-Voten“ wurde außerdem deutlich, dass die in den Tarifvertragsentwürfen verankerte Gestaltung des Arbeitnehmerbeitrages zur Beschäftigungssicherung sehr unterschiedlich bewertet wird. Während der zeitlich befristete Verzicht auf einen Urlaubstag überwiegende Akzeptanz fand, gingen die Auffassungen darüber weit auseinander, ob und wie über eine Arbeitszeitverlängerung oder Entgeltminderung bei Arbeitszeitabsenkung auf betrieblicher Ebene, der Beitrag erbracht wird.

Große Übereinstimmung bestand bei den Teilnehmern der „Basis-Voten“ darin, dass die tariflichen Regelungen zur Beschäftigungssicherung, den nach Planung der DB AG in den nächsten Jahren ohnehin vorgesehenen Personalabbau, nicht weiter verschärfen dürfte. Ferner wurde die sich für die Arbeitnehmer durch Beibehaltung der 38-Stunden-Woche bei Anstieg des Referenzwertes ergebende Entgeltminderung von 5,2 Prozent als zu hoch bewertet.

Insofern wurde den Konzerntarifkommissionen empfohlen, die Verhandlungen insbesondere zur Ausgestaltung der so genannten „Kollektive Beschäftigungssicherung“ zunächst fortzuführen. Weiterhin wurde die Arbeitgeberseite, im Zusammenhang mit der anstehenden Entgeltrunde, aufgefordert, Regelungen anzubieten, die sicherstellen, dass einerseits mit Einführung des BeschäftigungssicherungsTV keine zusätzlichen Arbeitsplätze vernichtet werden und andererseits Entgeltminderungen als Beitrag der Arbeitnehmer zum BeschäftigungssicherungsTV für die Laufzeit des Einkommensabschlusses möglichst ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus forderten die Mitglieder der Konzerntarifkommissionen die Arbeitgeberseite auf, im Zusammenhang mit der Einkommensrunde einen abschlussfähigen Flächentarifvertrag Schiene vorzulegen, der die Voraussetzung dafür bietet, die Allgemeinverbindlichkeit dieses Tarifvertrages für die Branche herzustellen.